

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Vorplatz, Nr. 15190-15197.

Wittwoch, den 15. Januar 1919

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Vorplatz, Nr. 11753-54.

800 000 Deutsche in Kriegsflaverei.

Der Rücktransport der Kriegsgefangenen aus Deutschland wird in diesen Tagen beendet, von der Rückkehr der deutschen Gefangenen aus dem feindlichen Ausland ist aber noch nicht die Rede: ihre jahrelange Zurückhaltung ist von der Entente, namentlich von Frankreich geplant. Das verstoßt gegen allen bisherigen Kriegsbrauch und gegen alle Gebote der Menschlichkeit.

Die „Unterkommission für Kriegsgefangene“ der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spa schildert in einem langen Schriftstück die hoffnungslose Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen, von den Gegnern die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen zu erreichen. Das Schriftstück klingt in folgende Worte aus:

Es gibt nur eines: Der Zusammenstoß des ganzen Volkes, das sich ohne Parteihader in dieser einen Frage finden muß. Hier tut eines bitter not: Der Appell des ganzen Volkes an die gesamte Menschheit, um die furchtbare Grausamkeit des Verfahrens der Entente-Regierungen zu brandmarken. Ob reich, ob arm, ob hoch, ob niedrig, ob Freund oder Feind, in dieser Frage müssen sich alle Deutschen über die Rüste des Parteihaders hinweg in die Hand reichen, nur ein Gebot muß das deutsche Volk in seiner Selbsterhaltung befehlen: Die schnellste Herausgabe unserer Brüder, Satten und Söhne aus der Gewalt unserer Gegner.

Rassensammungen der Angehörigen müssen kundtun, was sich in der deutschen Volkseele abspielt. Die dort gefaßten Resolutionen müssen durch die Zeitungen aller Sparteilichtungen der ganzen Welt kundgetan werden. Die Neutralen, die Entente-Regierungen, insbesondere Amerika, müssen durch Druck und Aufsicht werden.

Es gilt, das Gewissen der ganzen Welt zu wecken.

Vor über den Erblasser muß der gesamte Wille des deutschen Volkes kundtun, daß das unerbittliche Verfahren gegen deutsche Kriegs- und Zivilgefangene einen unauflösbaren Haß im ganzen deutschen Volke erregt und den großen Geboten des Völkerrechts verstoßen wird.

Den deutschen Männern, die lange Jahre hindurch ihrem Vaterlande das süßlichste Gut, die persönliche Freiheit, zum Opfer brachten, muß das ganze Vaterland jetzt die Treue bewahren!

Ja, diesen 800 000 geht es schlechter als den Hundert, die in Berlin gefangen genommen werden mußten, und sie sind unschuldig! Wer auf „Klaffenbefreiung“ bedacht ist, sollte Zeit haben, auch an sie zu denken!

Die ersten Pariser Beratungen.

TK. Genf, 13. Januar. In Paris wird halbamtlich bekannt gegeben, daß an der gestrigen ersten Beratung der alliierten Großmächte Präsident Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando teilnahmen.

Paris, 13. Januar. (Hauptnachricht.) Die Sitzung des internationalen Kriegesrates am Sonntag Nachmittag am Quai d'Orsay behandelte die Verlagerung des Waffenstillstandes. Beschlossen wurde die neuen Bedingungen Montag, den 13. Januar, bekannt zu geben. Dann wurde die Frage, wieviel Vertreter jede Nation zur Friedenskonferenz entsenden solle, erörtert. Die französische Gruppe schlug 5, 4, 3, 2 oder 1 Vertreter für je einen Staat vor, je nach der Rolle, die der betreffende Staat im Kriege gespielt habe. Diese Besprechung führte nicht zur Einigung. Man nimmt an, daß der Oberste Kriegsrat bis Montag vielleicht auch über die Frage der Friedenskonferenz schlüssig werden wird.

London, 13. Januar. Eine amtliche britische Verlautbarung aus Paris besagt, daß die britische Reichsdelegation heute morgen verschiedene mit der kommenden Friedenskonferenz zusammenhängende Fragen erörterte. Unter den vom Obersten Kriegsrat bezüglich der Verlagerung des Waffenstillstandes festgesetzten Punkten befinden sich die Fragen bezüglich der Uebergabe der deutschen Schiffe und der deutschen, bisher noch im Bau oder in Reparatur befindlichen Unterseeboote, die Vollendung der Uebergabe des Eisenbahn- und Transportmaterials und der aus den alliierten Gebieten mitgenommenen Maschinen. In einer zweiten Sitzung, die als nicht formelle Konferenz abgehalten wurde, wurde beschlossen, daß die

erste formelle Sitzung der Internationalen Präliminarkonferenz

am nächsten Sonnabend stattfinden soll.
Paris, 13. Januar. (Dabos.) Durch Erlaß wird bei der Militärpräsidialkommission ein aus 10 Personen bestehender Rechtsausschuß zu gutachtlicher Mitwirkung bei der Friedenskonferenz geschaffen.

Danzig, 14. Januar. In einem Leitartikel bespricht die „Times“ die Arbeiten der Friedenskonferenz und sagt, daß es für den Augenblick unmöglich sei, anzugeben, wie lange die Friedens-

konferenz dauern werde. Man werde alles darauf setzen, die Besprechungen so kurz wie möglich zu gestalten und so wieder zu dem Friedenszustande zurückzukommen, der von allen alliierten Nationen erstrebt werde. Es werde sich um einen Deutschland zu diktierenden Frieden handeln, jedoch würden die Deutschen anfangslegenden Bedingungen mäßig sein und nicht im entferntesten den gleichen, welche Deutschland, wäre es als Sieger aus dem Weltkriege hervorgegangen, den Alliierten auferlegen wollte, wie es auch vielfach versichert hat.

Die Forderungen der Alliierten.

T. K. Genf, 13. Januar. Der „Rath“ will aus unterrichteter Quelle erfahren haben, daß beim Bureau der Friedenskonferenz von den einzelnen Alliierten folgende Forderungen angemeldet worden seien:

Frankreich verlangt die Annexion Elsass-Lothringens, militärische Sicherungen, deren Umfang durch die Verhandlungen festgesetzt werden soll, und ein Teil Syriens. Die englischen Ansprüche erstrecken sich in der Hauptsache auf die Kolonien und sind nach Interessensphären zwischen dem Mutterland und den Dominionen verteilt. Für sich selbst verlangt Großbritannien vor allem türkisches Gebiet, das als Brücke zwischen den afrikanischen Besitzungen und Indien gedacht ist. Italien will die Hand auf den Trentino, Istrien und Dolmatien legen, gerät aber damit im Gegensatz zu den Südslaven, die Dolmatien gleichfalls für sich haben wollen.

Belgien hat einen Teil von Dinaburg und die freie Benutzung der Scheldemündung angewandt, Rumänien wünscht Bessarabien, die Bukowina und einen Teil des Banats, Serbien macht gleichfalls auf den Banat und in Mazedonien geltend, Griechenland verlangt den nördlichen Teil von Epirus, Gebietszuwachs in Thrazien und Kleinasien. Alle anderen fristigen Fragen sollen auf Grundlage des Nationalitätsprinzips auf der Friedenskonferenz geregelt werden.

Im Westen beschlagnahmte deutsche Werte.

Raunheim, 14. Januar. Die Franzosen haben bis jetzt in dem von ihnen besetzten Gebiet Metalle, besonders Metallwägen, im Werte von ungefähr 8 Millionen Mark beschlagnahmt.

Protest Montenegros gegen Serbien.

Bera, 14. Januar. Tribuna veröffentlicht einen Protest Montenegros gegen seine Vergewaltigung durch die Serben mit Unterstützung der französischen Besatzungstruppen. Die Montenegriner und Serben liefern in Cetinje und anderswo wahre Schlochten. Die Montenegriner zogen sich in das Gebirge zurück.

Nach Meldung des Vorwärters Ber. versuchten montenegrinische Bauern am serbischen Weihnachtsabend einen Putsch im Interesse der Dynastie. Der Putsch schlug fehl.

Eine Demarkationslinie gegen Polen.

TK. Genf, 14. Januar. (Meldung der „Zeitungspost-Kompagnie“.) An der im französischen Auswärtigen Amt stattgefundenen Konferenz zwischen den leitenden Staatsmännern der Alliierten nahm auch Marshall Foch teil, der erklärte, daß Deutschland das Kriegsmaterial gemäß den Waffenstillstandsbedingungen abgeliefert habe, daß aber in der Auslieferung der Lokomotiven und des rollenden Materials eine Verzögerung eingetreten sei. Die Auslieferung der französischen Kriegsgefangenen läge als befriedigend gelten, nicht aber das körperliche Befinden. Nach den Erklärungen Fochs soll der Waffenstillstand verlängert werden, die Entente müsse aber neue Forderungen aufstellen, für deren Erfüllung als Gegenleistung die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln in Betracht gezogen werden könne. Einen breiten Raum in der Debatte nahm die Verhandlung über die Auslieferung der deutschen Handelsflotte ein. Der französische Marineminister machte den Vorschlag, wozu Ueberwachung der Ablieferung einige deutsche Häfen zu bestehen.

Die deutsch-polnischen Gegensätze wurden gleichfalls erörtert. Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt. Die Konferenzteilnehmer waren sich aber darüber einig, daß den Kämpfen durch Festsetzung einer Demarkationslinie ein Ende gemacht werden müsse und daß gleichzeitig von Deutschland verlangt werden müsse, daß der Bolschewismus in Rußland weder direkt noch indirekt von Deutschland aus unterstützt werde.

Das Wahlergebnis in Baden.

TU. Baden, 14. Januar. Das Ergebnis der Wahlen stellt sich wie folgt: Zentrum 11 Sitze, Sozialdemokratie 35, Demokraten 24, Deutsch-Nationale 7 Sitze und Unabhängige mit 1500 Stimmen keinen Sitz.

Vier Tage vor der Wahl.

Nur allmählich beginnt sich Berlin wieder daran zu erinnern, daß am nächsten Sonntag gewählt wird. Durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aller erwachsenen Männer und Frauen wird das deutsche Volk selbst entscheiden, welche Regierung und welche Regierungsform es sich zu geben wünscht.

Die Sozialdemokratie, die durch die Welle der revolutionären Bewegung an die Spitze des Reichs getragen worden ist, kämpft diesmal um die ganze Macht. Ihr Ziel ist es, in der kommenden Nationalversammlung eine Mehrheit zu erhalten, mit deren Hilfe sie die Verfassung der Republik so gestalten kann, wie es den Interessen und Wünschen des schaffenden Volkes entspricht, und damit für den Aufbau des Sozialismus die notwendigen Grundlagen zu schaffen.

Bei diesem schweren Entscheidungskampf ist nun ein, wenn auch nur geringer, Bruchteil der Arbeiterschaft der Sozialdemokratie in den Rücken gefallen. Dieser Bruchteil hat sich von der Bahnidee einsparen lassen, der Aufbau des Sozialismus sei möglich ohne ja gegen den Willen der Volksmehrheit. Er glaubt, mit Gewalt sein Ziel erreichen zu können und sieht in dem Bestreben, durch gewaltlose Volksentscheidung zum Sozialismus zu gelangen, nichts als Konturrevolution und Verrot des Proletariats an die herrschenden Klassen. Rosa Luxemburg lehrt in der „Roten Fahne“, daß alle Wahlsiege unnutz sind und daß man durch Niederlegen im Straßenkampf den Sieg des Sozialismus vorbereite.

Sie übersehen, daß z. B. die Niederwerfung des Kommunismus von 1871 in Paris den französischen Sozialismus für Jahrzehnte zur Bedeutungslosigkeit verurteilt hat, und daß seine Wiederbelebung nur der konsequenten Beteiligung an den Wahlen und der Auserkennung der demokratischen Grundzüge, wie sie besonders durch den großen Jaures erfolgte, zu danken ist. Sie überlegen nicht, was aus dem Sozialismus in Rußland zu werden droht, wenn dort eines Tages, was ja kaum noch lange dauern kann, die bolschewistische Gewalt Herrschaft zusammenbricht. Auch der Sozialismus in Deutschland wäre für Jahrzehnte tot, wenn er sich mit Spartakus identifizieren wollte.

Aber die Niederlage von Spartakus ist glücklicher Weise keine Niederlage des Sozialismus. Der Sozialismus in Deutschland steht und fällt mit der großen sozialdemokratischen Partei, die von Spartakus nicht wissen will, und er ist durch die Niederwerfung der Spartakusbunde nicht vernichtet sondern gerettet worden. Wäre es den Liebknecht, Ledebour und Scholze gelungen, sich mit Gewalt in den Sattel zu heben und hätten sie ihre Regierungstaten für Sozialismus angeben dürfen, so wäre der Sozialismus dadurch nur kompromittiert worden.

Erreicht haben die Spartakisten nur durch ihr Treiben, daß die einzig vernünftige und erfolgversprechende Arbeit für den Sozialismus, die der Sozialdemokratie, erschwert worden ist. Gewaltige Wählergruppen, die in den ersten Revolutionstagen gar nichts anderes dachten, als sozialdemokratisch zu wählen, sind durch den Spartakusterror nach rechts gedrückt worden. Spartakus ist der Wahlmacher der bürgerlichen Parteien.

Die Wahlen in Süddeutschland zeigen, daß es gewaltiger Anstrengungen bedarf, um das Ziel, die sozialdemokratische Mehrheit in der Nationalversammlung zu erreichen. Zu diesem Zweck wird das große volkreiche Preußen weitmachen müssen, was in Süddeutschland zur Mehrheit fehlt. Die Nachrichten, die wir aus dem Lande erhalten, berechtigen durchaus zu der Hoffnung, daß die Sozialdemokratie bei den Reichswahlen ganz enorme Fortschritte machen wird, zumal auch das plattdeutsche Land aus dem Dornröschenschlaf erwacht ist und längst aufgelöst hat, die sichere Domäne der konservativen Parteiherrschaft zu sein.

Zu einer über sind die Wahlen in Süddeutschland durchaus beweiskräftig. Sie zeigen, daß die Erfolgswahrscheinlichkeit des Sozialismus ganz und gar von der alten sozialdemokratischen Partei abhängt, und daß nach links hin abgeplittete Gruppen nicht bedeuten. Die Sozialdemokratie zeigt sich bei allen Volksabstimmungen immer und immer wieder als die große sozialistische Volkspartei, was sich außerhalb ihrer zum Sozialismus rechnet, kommt über die Bedeutung einer kleinen Sekte nicht hinaus. Es ist schade um jede sozialistische Stimme, die von der Sozialdemokratie nutzlos abplittert.

Alle, die sozialistisch denken, alle, die Interessen der geistigen und körperlichen Arbeit gegen tote Besitzinteressen zu wahren haben, alle die noch unterdrückt sind und deren

Ganz für die Unterdrückten schlägt, müssen sich am 19. Januar um das Banner der Sozialdemokratie scharen. Was die Sozialdemokratie für die Befreiung des Volkes bedeutet, erhellt schon aus der Tatsache, daß mehr als die Hälfte der jetzigen Wähler, nämlich die weiblichen, ihre Belehrung mit gleichen politischen Rechten einzig und allein der Sozialdemokratie verdanken. Die Frau und das Mädchen, die nicht sozialdemokratisch wählen — wenn sie nicht gerade Kommerziantengattinnen sind — beweisen damit nur, daß ihnen leider die Erkenntnis der einfachsten politischen Zusammenhänge noch nicht aufgegangen ist: wie könnten sie sonst gegen die Partei stimmen, die zuerst und allein den gleichberechtigten Menschen in ihnen erkannt hat!

Dasselbe gilt aber für alle, die vom Ertrag ihrer geistigen oder körperlichen Arbeit ihr Leben fristen. Die Sozialdemokratie ist Arbeiterpartei in dem schönen und großen Sinn, das sie alle umfassen will, die mit Hirn und Hand Werte schaffen vom Knecht am Pflug bis zu dem Gelehrten am Schreibtisch und dem Künstler an der Staffelei. In der organischen Verbindung und planmäßigen Organisation aller Arbeit sieht sie ihr Ziel, von dessen Erreichung sie eine höhere Stufe der menschlichen Kultur erwartet. Den Kapitalismus aber will sie nicht mit dem mechanischen Totschläger bekämpfen, der nur erschlägt, nichts Neues schafft, sondern unter sorgfältiger und vorzüglicher Anwendung aller als praktisch erprobten Methoden: durch Ueberführung der dazu geeigneten Produktionsmittel in öffentliches Eigentum wie durch Förderung genossenschaftlicher Arbeit.

Welche politische Partei vermöchte höhere Ziele zu weisen? Und welche schöne Aufgabe könnte es geben, als der Sozialdemokratie durch die Tat bei ihrem gewaltigen Werk zu helfen, sei es auch diesmal nur durch die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels!

Wenn nun aber unsere Hoffnungen trügen sollten? Wenn die Mehrheit des Volkes, von der bei ruhiger, klarer Ueberlegung neun Zehntel zu uns gehören, sich nicht als auf der Höhe ihrer Aufgabe stehend erweisen sollte? Was dann? Nur, dann bliebe uns als Demokraten gar nichts anderes übrig, als vom schlechti unterrichteten Volk an das besser zu unterrichtete zu appellieren. Die konstituierende Versammlung kann nicht von langer Dauer sein, hat sie erst die neue Verfassung beschlossen, dann müssen auf Grund ihrer Bestimmungen für die zu bildende Volksvertretung vorgenommen werden. Dann werden die Wahlen in den Gemeinden folgen, von denen viele, vor allem fast alle großen, sozialdemokratische Mehrheiten bekommen werden. Und da wird vielleicht die Hauptarbeit für den sozialistischen Neuaufbau zu leisten sein.

Die Stunde der Sozialdemokratie kommt, und diejenigen, die das noch nicht erkannt haben, traben hinter der geschichtlichen Entwicklung her. Durch rechtzeitiges Erkennen vermögen sie, Geburtswehen abzumildern und Erschütterungen des Uebergangs zu mildern. Die Ergebnisse des 19. Januar könnten vielleicht hinter allzu hoch gespannten Hoffnungen zurückbleiben, auf keinen Fall werden sie uns Anlaß geben, zu verzweifeln. Der Vormarsch der Sozialdemokratie vollzieht sich, aus den inneren Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung heraus, bald stürmischer, bald langsamer, er steht seinen Augenblick still. Für uns gilt, was beide Parteien während des Krieges für sich in Anspruch nahmen: die Zeit arbeitet für uns, und mit der Uhr in der Hand dürfen wir unseren letzten entscheidenden Sieg erwarten.

Beruhigung Berlins.

Der gestrige Tag verlief im allgemeinen ruhig. In trappweise Angriffen spartakistischer Borden ist es während des Tages nirgends gekommen. Das Straßenbild machte den Eindruck: der friedliche Bürger und Arbeiter kann jetzt wieder, unbehelligt durch spartakistische Warden, seiner Arbeit nachgehen.

Doch Berlin ist noch nicht völlig von bewaffneten Spartakisten gesäubert. Sie haben auch gestern wieder an verschiedenen Stellen aus Häusern und von Dächern auf Regierungstruppen geschossen, die das Feuer erwiderten und in den meisten Fällen die Wunden unerschrocken machten.

Bei einem Gange durch die Stadt sieht man, daß die Kommandantur umfassende Vorkehrungen zur Abwehr etwaiger neuer Demonstrationen durch die Spartakusgarde getroffen hat. Alle Stellen, die in den letzten Tagen der Schauplatz von Kämpfen waren, sind durch starke Wachen besetzt. Am Brandenburger Tor stehen zahlreiche Posten, auch einige Maschinengewehre sind in Bereitschaft. Gegen 6 Uhr hörte man hier eine Anzahl Schüsse fallen. Es waren aber nur Warnungsschüsse, die Ansammlungen verhindern sollten.

Emil Rosenow: „Die im Schatten leben“.

(Palasttheater.)

Wir wollen heute nachholen, was durch die Vorgänge der letzten Woche verhindert wurde: die Feilen, die wir der endlich freigeordneten Berliner Erstaufführung des vor zwanzig Jahren geschriebenen Bergarbeiterdramas „Die im Schatten leben“ schuldig sind. An dieses Stück des allseitig verstorbenen Dichters und Genossen Rosenow, knüpft sich die Erinnerung an einen der gedächtniswürdigsten Ereignisse der jetzt mit soviel anderem Wirte in den Düris beförderten Theaterzensur. Zu den Ruhmestaten des Jagowischen Polizeipräsidenten zählt auch jener beschäftigte Mann, der die so lange respektierte Zensurfreiheit der beiden Berliner Volksbühnen mit einem Federzuge aufhob. Der allgemeine, durch die öffentliche Meinung unterstützte Protest blieb gänzlich wirkungslos und das Oberverwaltungsgericht sprach den beiden Vereinen tatsächlich den Vereinscharakter und damit auch das Anrecht auf Zensurfreiheit ab. Was es mit diesem Vorfall in Wahrheit auf sich hatte, zeigte sich dann bald darauf in dem Verbot von Rosenow's Bergarbeiterdrama, das die alte Volksbühne in ihrem Spielplan angeklagt hatte. Ein unerschütterter und schamloser Mann, der dem Grundsatze, daß die Kunst nicht sagen darf, was da ist, sondern das der Respekt vor dem bewußten Kaiserlichen Reichsgericht gebietet, was nicht zu denken. So kleinlich hartnäckig war dieses Polizeiregiment, daß es erst einer weltgeschichtlichen Revolution bedurfte, ehe es zu einer Sühne kam und das in anderen Städten Deutschlands wiederholt gespielte Drama auf einer öffentlichen Bühne in Berlin erscheinen durfte. Die Direktion Fritz Friedman's-Friedrich hatte sich im Palasttheater, dessen weitgestreckte Räume freilich inimmern Eindrücken nicht eben günstig sind, das Aufführungsrecht gesichert und entsetzte von dem drückenden, alle Plätze füllenden Publikum den verdienten Beifall.

Rosenow, der nur seine farbige Volksschöpfung „Rater Kampf“ auf den Brettern gesehen, hat die Eindrücke, die sich ihm dann in den Szenen seines Schauspielers, „Die im Schatten leben“, verarbeiteten, im Land der roten Erde, wo er ein Jahr lang als Redakteur tätig war, gesammelt. Von härter dem Drama an, wie eng vertraut dem Dichter die Verhältnisse und Leute des Bergbauers gewesen sind. In die Szenen dieser Bedauern, ins noch einmal harter, geschichtlicher Arbeit eingespannter Menschen, wie in der Dichtung sichtbar, hat der Sozialist die Hoffnung auf eine neue, sozialistische Zusammenfassung erlähmte Zukunft, was keinen Stand geworden. Das ist nun anders. Die wehrlose

Im Zeitungsviertel sind die militärischen Überwachungslehren besonders hart, namentlich in der Nähe des „Vorwärts“-Gebäudes. Die notwendig die Schutzmaßnahmen sind, beweisen die Vorgänge des gestrigen Nachmittags. Gegen 4 Uhr wurde von mehreren Häusern am Halleschen Tor auf die Regierungstruppen, die am Blücherplatz standen, geschossen. Die Truppen nahmen Gedung und erwiderten das Feuer der Angreifer. Der Kampf dauerte etwa eine Viertelstunde. Es wurde auch mit Maschinengewehren geschossen. Nach diesem Kampf sperren die Truppen die Lindenstraße vom Westlichen Platz bis in die Nähe der Markthalle ab, um das Publikum vor Anfallen bei etwa wieder eintretenden Kämpfen zu bewahren. Die Umgebung des „Vorwärts“-Gebäudes lag am Abend in völliger Dunkelheit. Selbst die Straßenbahnwagen mußten beim Durchfahren dieser Straße das Licht ausschalten. Bis gegen 8 Uhr waren aber hier keine neuen Angriffe erfolgt.

Zwischen 6 und 7 Uhr kam es zu einer wiederholten lebhaften Schießerei in der Gegend des Wollfischen Daus, Ecke der Jerusalem- und Schützenstraße, die für das Publikum völlig gesperrt war. Auch hier waren es Angriffe von auf Dächern verstreuter Spartakisten, die den Anlaß zum Feuerkampf gaben.

Die Kommandantur nimmt jetzt die Sicherung der Stadt von den Spartakisten nach einem bestimmten Plan in Angriff. Die Ausführung des Operationsplanes hat bereits gestern begonnen. Von äußerem Süden und Südwesten der Stadt gehen die Truppen nach dem Stadtinnern vor und zwar in der Richtung nach der Spree. Dies wird dann in nördlicher Richtung überschritten und die nördlich der Spree liegenden Stadtteile werden ebenfalls abgeräumt. Die Truppen durchsuchen alle verdächtigen Häuser nach Bewaffneten. Wir können also sicher sein daß Berlin in einigen Tagen von dem Ueberrest der Spartakusbanden völlig gesäubert sein wird.

Entwaffnungssrazia in Moabit.

Am Dienstagmorgen wurden zu gleicher Zeit alle nach Moabit führenden Straßen über die Spree und anschließenden Kanäle durch Regierungstruppen gesperrt. Der Hauptteil der zu dieser Zeit einrückenden Gardebataillon-Schützenabteilung marschierte über die Lessingbrücke, ihren Marschweg hinter sich durch Postentstellen absperrnd, über den Stadtteil bis in die Gegend des Bahnhofs Bismarckstraße. Hier schwenkten die Truppen westwärts und räumten die westliche Hälfte des Stadtteiles, das sogenannte Krabbelviertel, auf. Die Straßensätze und sämtliche industriellen Werke, z. B. Lubin, Löwe, Pannag, Deutsche Waffen usw. wurden besetzt. In dem letztgenannten Werke hatte sich eine starke Gruppe Spartakisten eingenistet, die reichlich mit Waffen aller Art versehen war. Von hier aus fanden allmählich Raubzüge durch Moabit und andere Stadtteile statt.

Der kleine Tiergarten in Moabit, wo sich Spartakistenmeister befanden, wurde von Truppen umstellt, die bis gegen Mittag bereits 19 Personen, die Waffen und spartakistische Ausweise bei sich tragen, verhafteten. In der Endener Straße wurden die Häuser planmäßig abgeräumt. Es gelang, sechs mit Waffen und Munition gefüllte Kisten auszumachen. Die Schlüsselkasten befanden sich fast ausnahmslos bei Frauen. Mehrere Personen wurden verhaftet. Alle Possanten und viele verdächtige Häuser wurden nach Waffen durchsucht. Die Schießerei auf der Spree und den Kanälen wurde durch die Regierungstruppen ebenfalls gesperrt. Die jenseits der Kanäle liegenden Werke Siemens-Schubert und die Berliner Elektrizitätswerke wurden ohne erhebliche Zwischenfälle besetzt. Die westliche Hälfte von Moabit übernahm das Freiwilligenregiment Reinhold gemeinsam mit der Republikanischen Schützengruppe. Das große Heiligtum hatte zwar für kurze Zeit den gereinigten Besuche unterbrochen, doch wurde es bald wieder ausgenommen. Die Possanten müssen eine genaue Untersuchung nach Waffen über sich ergehen lassen. Während der Dauer der Razzia war der Fernsprekbetrieb der Kemter Moabit und Danks stillgelegt.

Gegen Abend warfen dunkle Eristensen in der Kaiserin-Augusta-Allee — nach dem 8 Uhr-Abendblatt — einen Straßenbahnwagen um und es wurden Barrikaden errichtet. Die Schienen des Nordrings der Stadtbahn sind von Spartakisten zwischen Gesundbrunnen und Gesundbrunnen an mehreren Stellen aufgerissen, so daß deshalb ein Jagperkehr unmöglich ist.

Ganz Moabit ist jetzt ein großes Heerlager. In der Feuerwerkerschule nahe dem Letzter Bahnhof ist die Republikanische Schützengruppe, deren Soldaten jetzt schwarze Armbinden tragen, losquiert. Der Riesenbau ist voller Soldaten, die über beste Bewaffnung verfügen. Es herrscht vorzügliche Stimmung und glänzende Ordnung bei der Truppe, die im Zeitraum von fünf Tagen aus einem Nichts entstanden, jetzt eine erhebliche Macht darstellt. Die Republikanische Schützengruppe hat bei der Aushebung von Spartakistenmeistern an vielen Stellen sehr erfolgreich an der Wiederherstellung der Ordnung in Berlin mitgearbeitet. Dasselbe gilt vom Freiwilligenregiment Reinhold. Die Räder der Kanone fürste die Spartakusbanden doch wohl von Besetzungsvorhaben der im Untersuchungsgefängnis sitzenden abfallen. Das Regiment Reinhold ist größtenteils herangezogen aus dem Depot 14 der R. G. W. Der Oberst ist mit dem Kriegsminister nicht Deutsch.

verzögerte Resignation, die sich dem schwersten Unrecht dienend unterwerft, wird wie anderswo so auch dort nicht mehr der Grundton der typischen Lebensstimmung sein. Die anderwärts Jahrgangste sozialistischer Arbeiter, die feither ins Land gezogen, haben Geduld und Denken gründlich umgewandelt. So spiegelt sich im Bild, das Rosenow damals entworfen, an einem Zeit wohl heute schon Vergangenes, das aber darum doch nicht weniger ergreifend.

Die alte Frau Büdel, deren Mann im Robbenbergwerk umkam und deren Jüngster bei einer neuen Grubenexplosion zum Krüppel wird — sie und die meisten anderen, die sich in ihrem engen Häuschen drängen, leben in obenstehender Schär vor den Grubengewaltigen, die durch Entlassung und Wohnungshündung sie jeder Zeit ins Elend stürzen können. Die Last der Arbeit verbindet sich bei ihnen mit Almosenempfänger-Deut den Lohnherren gegenüber. Sie selbst, die Alte, weiß ganz gut, was sie von den Besuchen, die ein nichtswürdig frecher Barocke, einer der Sprossen jenes Herrengeschlechtes, ihrem jungen Gnadend abstrah, zu haben hat. Sie mag es dennoch nicht, dem Patron die Tür zu weisen. Ganz ähnlich denkt ihr Hausgenosse, der alte Invalide Schmiermann, ein harmlos gutmütiger, zu Schergen aufgelegter Mann. Und wenn Liesa, Mutter Büdels älteste Tochter, in solcher Umwelt aufgewachsen, die Anlage zu unabhängig freier Denkart dennoch in sich entfaltet fühlt, so dankt sie es vor allem dem Einfluß eines jungen Geistlichen, der, wie ihre liebende Bewunderung glaubt, für seine Ideale alles hinzuzufügen fähig ist. Doch auch in ihm wird sie getraut. Der Herr Vergewaltiger, der in seiner eigenen Wohlhabenheit und prall gegündeten Korporation durch Ferdinand von a eine verhängnisvolle Verleumdung erlitt, versteht es, den als gefährlichen „Aufseher“ denunzierten jungen Menschen gänzlich abzuschneiden. Der Wankelmütige verzagt sie. Bei der inmanen Komödie, in der der Direktor die Schuld an Hamdens polizeistündig gewordenen Verführung von dem selbe freiziehenden Waise auf das unreife Mädchen abwälzt und jeden schäudernden Einwand der Mutter mit Drohungen erstickt, tritt Liesa zum Entzagen der Jüngsten dem Gesuchtheten entgegen und bezeugt die Wahrheit. Entgegen allem, was sie früher hielt, reißt sie sich los, anderswo ein Leben, wie es ihrer Seinsicht entspricht, sich zu suchen.

Bestreift, in jedem Zug von eindringlicher Charakteristik, war also Grünings arbeitgebende arme Mutter. Sehr gut auch die kleine jüdische Invalide mit der harmlosen Kinderfröhlichkeit bei jedem schlechten Streich, den er vollbringt. Julius Engel brachte den letzten Scherz des Verabredens, den Billi Kaiser die schwankende Figur des Geistlichen, Armin Schweiger und Helene Burger das Tempo in das Schicksal

Spartakus als Einbrecher und Räuber.

Angehörig an die Rückfront des „Vorwärts“-Grundstückes befindet sich ein Lagerplatz, mit einem Schuppen, der der Kommandantur, Abteilung 8, Sammelstelle für Ausrüstungsstücke, Alte Jakobstr. 148, zur Benutzung überlassen ist. Hier waren neben zahlreichen Uniformstücken, Waffen und Munition circa 1800 beschlagnahmte Gerichtssachen, bei denen das Verbrechen schwebt. In den meisten Fällen, namentlich in der letzten Zeit, wurden die Sachen den Eigentümern zugesprochen, da sich der Nachweis nicht erbringen ließ, daß die Beschlagnahme usw. auf unrechtmäßige Weise erworben waren. Dieser Schuppen ist in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag der vergangenen Woche von der Spartakus-Besatzung des „Vorwärts“ erbrochen und seines sämtlichen Inhalts beraubt worden. Die Spartakusbanden nahmen nicht nur die Waffen und Munition, sondern durchsuchten auch sämtliche beschlagnahmten Sachen und nahmen alles, was nach ihrer Ansicht wertvoll war, mit sich. Auf energischem Einspruch des Personals der Sammelstelle, daß hier ein Raub gemündlichter Art vorliege, wurde von dem damaligen Kommandanten geantwortet, daß Spartakus nur eine Requisition vorgenommen hätte. Römische Leute, die ihre beschlagnahmten und wieder freigegebenen Sachen ausgehändigt haben wollten, so sollten sie an den Spartakusbund verwiesen werden, der auch für den Verlust aufkomme.

Die Beschlagnahme mögen ihr Glück einmal beim Spartakusbunde versuchen. Vielleicht tollt der Raub noch.

Wie es gemacht wird!

In der „Freiheit“ Nr. 10 vom Sonnabend, den 11. Januar, war unter den Betrieben, die zum Generalstreik streiten wollten, auch die Brauerei Engelhardt benannt.

Die gesamten Vertrauensleute, alle Ausschussmitglieder sowie der Arbeiterrat des Betriebes stehen dieser Mitteilung fern und protestieren auf das energischste gegen derartige Nachschichten von 2—3 Arbeitern des Betriebes.

In der Nacht zum Dienstag

bestanden die allein echten und wahren Bestrebungen die Franzosen durch Gasbomben auszuräumen. In den Abendstunden herrschte völlige Ruhe, bis um 12 Uhr nachts die ersten Schüsse trachten. Die Angreifer schossen von den Häusern der Kaserne in den Kasernehof hinein, wo die Mannschaften auf die Schützposten stellten. Plötzlich kamen von den gegenüberliegenden Dächern Gasbomben geflogen, die auf dem Pflaster des Kasernehofes explodierten. Es waren Tränenbomben, die auf die Augen wirkten. Die Soldaten stülpten Gasmasken über und nahmen dann die gegenüberliegenden Dächer unter schwerster Feuer. Wieder eine Stunde knatterte die Maschinengewehre, bis die Spartakisten es vortzogen ihre Positionen aufzugeben.

Spartakusangriff auf den Stettiner Bahnhof.

Am Montagabend in der achten Abendstunde versuchte ein großer Haufe Spartakisten vom Gartenplatz her durch die Gartenstraße vorzudringen, zweifellos um einen Vorstoß gegen den Stettiner Bahnhof zu unternehmen. Truppen traten den Spartakisten in der Gartenstraße entgegen, trieben sie nach dem Gartenplatz zurück und zerstreuten die Anführer dort.

Neuer Angriff auf das Eisenbahndirektionsgebäude.

In der Nacht zum Dienstag unternahm Spartakisten einen neuen Angriff auf die Eisenbahndirektion. In dem Hauptviertel am Anhalter-Bahnhof befinden sich noch immer zahlreiche Spartakisten, die bisher noch nicht ausgenommen werden konnten. Von hier aus versuchten die Spartakisten hauptsächlich auf den Dächern vorzudringen einen Angriff auf die Eisenbahndirektion am Schöneberger Ufer zu unternehmen. Es gelang ihnen nicht, den beabsichtigten Erfolg zu erzielen. Mit Tagesanbruch gegen sie sich wieder in ihre Schützposten zurück. Die Regierungstruppen haben einen Verwundeten zu befragen.

Verhaftung der Familie Liebnichts.

Das Haus Liebnichts in der Bismarckstraße 75 in Steglitz, in dem seine Gattin mit den beiden Söhnen wohnte, wurde bereits seit dem verflohenen Sonnabend durch Kriminalbeamte überwacht. Dabei konnte festgestellt werden, daß Liebnichts, der in der Regel nachts im Automobil verfuhr, und sich nie länger als zehn oder fünfzehn Minuten bei seiner Familie aufhielt, seine Wohnung durch einen zweiten Ausgang in der Postfingerstraße zu verlassen pflegte. Montag Abend gegen 9 Uhr erschien Liebnichts wiederum bei seiner Familie. Die Beamten riefen Truppen herbei, man sperrte beide Straßen ab und drangen dann in die Wohnung des Gefangenen ein. Offenbar hatte Liebnichts schon Meldung bekommen, daß man ihm auf den Fersen sei, denn er war trotz sorgfältigster Durchsuchung des ganzen Gebäudes nicht mehr zu finden. Wahrscheinlich ist es ihm gelungen, über die Dächer hinweg zu entfliehen. Die Durchsuchung der Wohnung ergab ein zum Teil sehr wichtiges, Liebnichts schwer belastendes Material. Man verhaftete schließlich die Gattin Liebnichts und seinen jüngeren Sohn, der ältere ist bekanntlich bei den Kämpfen

der Mädchen Familie mit verhaftetem Ehepaar geschickt zur Geltung. Die Frau Doris Schülers, ebenfalls farblos, fand in dem letzten Akte ihre Töne.

— Berliner-Theater. Die Premiere der Operette „Die Geisha“, die wegen der politischen Unruhen verschoben werden mußte, findet am Freitag 7 Uhr im Berliner-Theater statt.

— Ein Sozialisten-Drama gelangte im Magdeburger Stadttheater zur Sonderaufführung: „Das Gesetz“ von Konrad Tomin (Paul Baher), dem Regisseur der „Vollstimm“. Das Drama behandelt die Barbarei des Sozialistengesetzes und seine Folgen und zeigt sozialistische Arbeiter im Kampfe mit der Polizei. Mit erschütternder Macht wirkt das ohne Uebertreibung dargestellte Werk.

— Ludwig Garbi muß seinen Feindabend am Sonnabend, den 17. Januar, auf Sonntag versetzen. Geldlose Karten bleibend gültig. Beide Abende im Meisteraal.

— Russl. Der IV. Kammermusik-Abend des Klavier-Quartetts findet am 16. Januar in der Singalademie abends 7 1/2 Uhr statt.

— Besuchsordnung der russischen Museen. Das Alte und Neue Museum, das Kaiser Friedrich- und Kunstgewerbe-Museum, das Museum für Völkerkunde sowie die Sammlung für Deutsche Volkswunde sind jetzt Sonntags und Wochentags von 10 bis 3 Uhr geöffnet; ebenso an den zweiten Tagen der höheren Feiertage. Montags bleiben die Museen wegen der Reinigung geschlossen; ausgenommen hiervon ist das Museum für Völkerkunde, das Dienstags geschlossen wird. Die Bibliothek des Kunstgewerbe-Museums ist wochentags von 10 bis 4 Uhr geöffnet. Der Besuch aller Museen ist unentgeltlich.

— Die Ausdehnung der Funkentelegraphie im Kriege. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht des internationalen Ferntelegraphenvereins in Bern läßt die überaus große Ausdehnung der Funkentelegraphie im Kriege erkennen. Ende 1917 betrug die Gesamtzahl der angemeldeten Funkentelegraphiestationen 6113 gegen 5800 im Jahre 1916, und gegen 5277 im 1914. Unter den angemeldeten Stationen befanden sich 678 Küstenstationen, 5338 Bordstationen und 88 feste Stationen. Die meisten Funkentelegraphiestationen bestanden: Großbritannien (1544), die Vereinigten Staaten von Nordamerika (962), das Deutsche Reich (639), Frankreich (364), Italien (193), Rußland (152), Kanada (187).

um den „Vorwärts“ festgenommen werden. Auf der Straße werden die Angehörigen des Verkehrs von der Bevölkerung mit Schimpfungen überschüttet. Die Erregung der Menge wurde schließlich so groß, daß der Transportführer einen Straßenbahnwagen requirieren mußte, um die festgenommenen führen zu können.

Ferner wurde in Steglitz eine Führerin der Spartakusbewegung, Frau Ullrich, verhaftet. Diese Dame, eine Schülerin und jüngere Freundin Rosa Luxemburgs, war in letzter Zeit in der Spartakusbewegung stark hervorgetreten und hielt den Verkehr zwischen der Berliner und der polnischen bolschewistischen Bewegung in Lemberg aufrecht. Auch bei ihr wurde ein für die Untersuchung sehr wichtiges Anlagematerial aufgefunden.

Der „Schlesische Bahnhof“ in Tempelhof.

Infolge der Besetzung des Schlesischen Bahnhofes und der Einstellung des gesamten Stadtbahnverkehrs war der Fernverkehr des Schlesischen Bahnhofes in den letzten Tagen nach dem Güterbahnhof Tempelhof umgeleitet und verlegt worden. Hier hatte sich infolgedessen ein außerordentlich starkes Verkehrsleben entwickelt. Gepackstücke, Automobile, Droschken und andere Fuhrwerke aller Art häuften sich zu langen Reihen in der Berliner Straße und unter der Ringbahn am Tempelhofer Felde. Durch das eiserne Tor am Eingang zum Güterbahnhof wurden von den dort aufgestellten Sicherheitswachen nur Fahrgäste mit Ausweisen durchgelassen. Ein großer Unbehagen bestand darin, daß es in Tempelhof an Gasstellen fehlt.

Schießübungen.

Aus einem Hause der Stresowstraße wurden zwei junge Burken beschlagnahmt, die mit einem Maschinengewehr die Straße besetzten und mehrere Passanten ver wundet hatten. Beim Nachsuchen fand man auf den Böden in Verstecken noch 14 Gewehre. Ob noch andere Burken an den Schießereien beteiligt waren, ließ sich leider nicht feststellen. Angeblich hat man die festgenommenen beiden Burken schon an der nächsten Straßenecke wieder entlassen, was uns unglaublich erscheint, wenigstens auch in anderen Fällen es heißt, man hat die Ergreiften bald wieder entlassen.

Verhaftung von Postleuten.

Eine Spartakusbande, gegen 30 Mann, plünderte am Donnerstag voriger Woche die Kasse des Postamtes O. 17 in der Friedrichstraße. Es gelang bisher, drei Mitglieder, einen Dompteur Wilhelm Langendorff, dessen Geliebte, eine Frau Marie Widal, und einen Schlosser Fritz Schmidt, festzunehmen. Rund 41 000 M. wurden bei den Verhafteten gefunden und beschlagnahmt. Die drei fanden, wie sie erklären, am Donnerstagabend am Schlesischen Bahnhof, als die Spartakisten mit den beiden Kraftwagen vom „Vorwärts“ daherkamen. Die Demantung der Wagen erzählte ihnen, daß sie zur „Vorwärts“-Besetzung des Spartakusbundes gehörten und die Kasse des Postamtes O. 17 holen wollten. Langendorff und seine Geliebte sowie Schmidt schlossen sich darauf dem Unternehmen an.

Die öffentliche Sicherheit.

Will der neue Polizeipräsident Richter energisch wiederherstellen. In kürzester Zeit soll die Berliner Schutzmannschaft wieder auf den ursprünglichen Stand gebracht werden. Die republikanische Soldatenwehr ist bereits von allen unläuterer Elementen gesäubert. Es sollen sobald wie möglich fliegende Wachen eingerichtet werden, die mit Kraftwagen ausgerüstet, immer unter Alarmbereitschaft stehen, ähnlich der Feuerwehr. Außerdem sollen Patrouillen zu Fuß und in kleinen Autos Tag und Nacht alle Stadtteile durchstreifen um der Verbrechenswelt ihr lichtscheues Gewerbe zu legen.

Verfälschte Stilllegung des Krupp'schen Betriebes.

Gestern versuchten mehrere Spartakisten, zum allergrößten Teil junge Leute, die Krupp'schen Fabriken stillzulegen. Der Plan lautete darauf, daß ein ein den Krupp'schen Werken beschäftigten Arbeiter jede Gemeinshaft und jedes Zusammengehen mit Spartakus energisch zurückwies.

Die Verhandlungen mit dem Zentralrat.

Berlin 14. Januar. Der Zentralrat setzte am 14. Januar in seiner Vormittags-Sitzung die erste Sitzung der Ausführungsbestimmungen der Hamburger 7 Punkte fort. In der Nachmittags-Sitzung wurden die am Tage vorher begonnenen Verhandlungen mit der Berliner Zeitung der U. S. P. D., der Verhandlungskommission der revolutionären Obleute und der Zeitung der Berliner U. S. P. D. fortgesetzt. Die Vertreter der U. S. P. D. hatten an erster Stelle die Absetzung der Volksbeauftragten und ihre Ersetzung durch weniger stark kompromittierte Persönlichkeiten verlangt. Aus der Mitte des Zentralrates wurde zunächst verlangt, daß man sich auf bestimmte Forderungen einigt. Aus der gegenwärtigen Situation heraus handelte es sich dabei zunächst um das Folgende:

1. Die Regierung hat die Pflicht, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die am 19. Januar stattfindenden Wahlen zu gesetzgebender Nationalversammlung vor jeder Störung bewahrt werden.

2. Die Regierung hat die Pflicht, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die uneingeschränkte Pressefreiheit, eine der hauptsächlichsten Errungenschaften der Revolution im ganzen Reich sicher gestellt wird.

3. Die Regierung hat die Pflicht dafür zu sorgen, daß gewaltsamen Eingriffen in die Rechte und Freiheiten der Person und des Eigentums einhalt mit Gewalt begegnet wird und daß jeder Terror ganz gleich von welcher Seite er kommt, aus dem politischen Kampf verschwindet; zu diesem Zwecke ist die Entlassung der Zivilbevölkerung schleunigst durchzuführen.

Die Vertreter der U. S. P. D. erklärten sich mit diesen drei Punkten einverstanden, ausgenommen den letzten Satz zu 3, der die schleunige Entlassung der Zivilbevölkerung durchzuführen hohen will. Sie bemerken jedoch ferner, daß es darauf ankomme, wie die Wahlen zur Nationalversammlung geschützt würden. Auf die direkte Frage, ob sie bereit seien, gewaltsame Störungen der Wahlen mit Gewalt begegnen zu lassen, erfolgte keine Antwort. Die Vertreter der U. S. P. D. verlangten weiter, daß die Besetzung des Berliner Polizei-Präsidiums, das zu einer kommunalen Einrichtung zu machen sei, nur mit Zustimmung der U. S. P. D. erfolgen dürfe, wobei sie sich nicht an die Person Eickhorns klammern wollten. Hingegen lehnten sie ab, 3. Zl. in die Regierung einzutreten, um gemeinsam mit Mehrheitssozialisten die Durchführung eines noch feststehenden Programms zu übernehmen.

Die Vertreter der Berliner Zeitung der U. S. P. D. versicherten, daß sie mit den Regierungsvorstellungen Ledebours, Dieckmanns und Scholze nichts zu tun hätten. Von den Vertretern der revolutionären Obleute wurde eine entsprechende Erklärung nicht abgegeben.

In der Debatte wurde betont, daß die Frage der Besetzung des Berliner Polizei-Präsidiums nicht isoliert erledigt werden könne, sondern nur zusammen mit den übrigen schwebenden politischen Fragen Gegenstand der Einigung sein könne. Die Verhandlungen wurden am Abend auf Mittwoch, den 15. Januar, vertagt.

Was wir in der Blutwoche getan haben.

Redaktion im Ullrichschen.

Auch ein Redakteur hat bisweilen eine stille Stunde, in der er mit Freunden beim Kaffee zusammensteht. Mit diesem wenig aufregenden Zeitvertreib waren einige „Vorwärts“-Redakteure in den späten Nachmittagsstunden am Sonntag, den 6. Januar, beschäftigt. Da kam plötzlich die Mitteilung, daß das „Vorwärts“-Haus von starken bewaffneten Spartakistenbesetzen besetzt worden sei und daß gar nicht daran gedacht werden könne, an diesem Abend die Redaktion in unserem Hause zu versammeln.

Der blutige Schrecken für Berlin hatte begonnen. Am Montag zitterte ganz Berlin um die Ereignisse, die man kommen sah. In den Straßen versammelten sich viele hunderttausende von Arbeitern aller Richtungen. Rabel kaufte im Automobil durch die Straßen. Und im Tiergarten wurde die Barole zur Diktatur des Maschinengewehrs ausgegeben.

Die Redaktion war für den Augenblick gesprengt. Jeder beschloß sich, so gut er konnte, für die Wiederherstellung der Ordnung. Jeder war an einem andern Plage tätig. Und niemand wagte nachzudenken, wo er seine übrigen Kollegen zu finden hatte. Ein glücklicher Zufall führte am Montagabend noch zwei Kollegen telefonisch zu sammen, die sich sofort darüber einigten, daß die Anmeldeabsichten der Spartakisten gegenüber dem Sprachrohr der sozialdemokratischen Arbeiterschaft durchkreuzt werden müßten und daß schnellstens der „Vorwärts“ in irgend einer Form und irgendwas herausgebracht werden müsse. In einer stillen Schreibrunde setzten sich diese beiden Kollegen zusammen, nachdem ein Drucker für das erste „Extrablatt des Vorwärts“ — so sollte die provisorische „Vorwärts“-Ausgabe heißen — gefunden war, und schrieben bis tief in den Morgen hinein an der ersten Ausgabe. Aus Essen hatten wir seit dem Morgenfrühstück überdies nicht mehr gehört. Wir kämpften den Hunger durch wässrige Nickerchen nieder.

Als wir nachts mit dem Manuskript verstoßen zur Druckerlei fuhren, mußten wir erfahren, daß trotz aller Geheimtätigkeit unser Plan bereits verraten war, und daß die Spartakisten die ganze Auflage am Morgen beschlagnahmten und in die Spree werfen würden. Es war also klar für uns, daß der Kampf nicht allein dem Vorwärtshaus, sondern daß er dem Organ der sozialdemokratischen Arbeiterschaft galt. Als wir unsere müden Glieder morgens um 5 Uhr nach Hause schleppten, war bereits die angekündigte Bande im Auge und noch ehe wir unsere Wohnungen erreicht hatten, lagen die ersten Tausende der gedruckten Exemplare des „Extrablattes des Vorwärts“ im Wasser und waren die Platten für den Druck von den Spartakisten vernichtet worden.

Aber wir ließen uns nicht intimidieren. Wir wollten zeigen, daß wir aller Fesseln und aller Verfolgung trotzen. Die nächste Nacht fand uns in einem kleinen Redaktionszimmerchen eines Vorwärtsblattes. Dort gelang es uns, zwei Tage hindurch unsere Zeitung zu schreiben und herauszubringen. Aber unter solchen Verhältnissen... Die starke Wache wurde alle Augenblicke alarmiert. Lichter aus — Lichter auf — nervöses Hüsen und Nennen und wir witterten zwischen Maschinengewehren und Haufen von Sandgranaten. Allerdings hatten die Besetzer einige Wogen mit unseren Zeitungen auffangen und vernichten können. Die übrigen hunderttausende von Exemplaren oder sagen unter die Bevölkerung. Sie wurden hungrig ergriffen und triumphierend, wie ein kostbarer Besitz, von den Empfängern nach Hause getragen.

In der vierten Nacht zog uns der gangsaftige Wondertrieb abwärts nach einer anderen Stelle. Auch dort konnten wir, weil die Spartakisten durch ihren vorzüglichen Spionagedienst nicht Wind bekommen hatten, trotz eines starken militärischen Schutzes nicht lange bleiben. Unsere Arbeit stand unter dem Zeichen fortgesetzten nächsten Geheimnissens über unseren Rippen. Nach drei Tagen schon ergriffen wir erneut den Federhalter — der war während dieser redaktionellen Bagatelzeit unsere ganze Bureau-einrichtung — und wanderten wieder aus. Wir kamen in ein neues Haus, in das vierte. Und auch dort war es natürlich, infolge des Mangels an allen Hilfsmitteln einer geordneten Redaktion, nur mit allergrößten Schwierigkeiten möglich, die Zeitung herzustellen.

Trotz aller dieser Schwierigkeiten und trotz der primitiven Mittel, mit denen wir die Zeitungsherstellung leisten mußten, trotz der Unruhe und Unsicherheit, trotz der fortwährenden Störungen und Mäntelungen, trotz der Verfolgungen gegen die Redaktion und das Blatt haben wir keinen Augenblick geschwankt. Es war uns klar, daß wir zum Berliner Volke reden mußten, daß wir der ganzen Deutschland mitteilen mußten: wir lassen uns nicht stum machen! Überall, und selbst aus der eisenfesten Erde heraus, wollten wir vom ersten Tage an, und trotz allen Terrors fortgesetzt jeden weiteren Tag, unsere Stimme gegen die Spartakusbewegung erheben und unsere revolutionären Trotz gegen diese Schändung der deutschen Revolution zum Ausdruck bringen.

Wir haben uns die Nächte um die Ohren geschlagen, haben keine Mühe gescheut, die beinahe unendliche Arbeit zu leisten gemässenen auf der Dankschaft, auf der Flucht und unter Gewehrfeuer regelmäßig unsere Zeitung herzustellen und ins Volk zu werfen.

Dies ist uns gelungen! Das ist unser großer Stolz, unsere Genugtuung und unsere Belohnung. Vielleicht sind wir in der Lage, die nächste Nummer unserer Zeitung bereits im eigenen Hause fertigzustellen, wenn uns auch die Herstellungen dort noch zwingen, vorläufig einmal täglich zu erscheinen. Aber das ist nur vorübergehend.

Der Wille, dem Volke zu dienen, der uns beflügelt hat, alle Hindernisse während der Blutwoche, die gegen das Erscheinen des „Vorwärts“ aufgetürmt wurden, zu überwinden, wird uns in stürmischen Tempo die Wiederherstellung — oder besser ermöglicht, was nötig ist, um in altergeübter Weise wieder vor unsern Lesern erscheinen zu können.

Ergebnis der bayerischen Landtagswahlen.

München, 14. Januar. Das Ergebnis der bayerischen Landtagswahlen liegt nunmehr vollständig vor. Es haben erhalten: Bayerische Volkspartei (Zentrum) 1 072 919, Sozialdemokratische Partei 935 550, Deutsche Volkspartei 412 074, Bayerischer Bauernbund 222 023, Nationalliberale und Mittelpartei 169 563, Unabhängige Sozialdemokraten 77 213. Die Mandate dürften sich wie folgt verteilen: Bayerische Volkspartei 58, Sozialdemokraten 51, Deutsche Volkspartei 22, Bayerischer Bauernbund 17, Nationalliberale und Mittelpartei 5, Unabhängige Sozialdemokraten 3. Daraus kommen noch 24 Abgeordnete für die Pfalz, wo die Wahl erst am 2. Februar stattfinden wird.

Aufruf zur Wahlhilfe.

Parteienossen die bereit sind, sich an der Verbreitung von Flugblättern, Plakaten und sonstigen Propagandamaterial für die Nationalversammlung zu beteiligen, werden gebeten, sich Mittwoch und Donnerstag, vormittag 10 Uhr, am Eingang des Komödienhauses, am Schiffbauerdamm, zu melden.

Die Sicherung der Wahlfreiheit.

Ein Erlaß der Regierung und des Zentralrates. Das deutsche Volk steht vor den Wahlen zur Nationalversammlung. Die Nationalversammlung allein kann uns den Frieden bringen, nur sie kann die errungene Freiheit in einer neuen Verfassung verankern.

Es gilt, den ungehörigen Verläufen der Wahlen zu sichern. Pflicht eines jeden Deutschen ist es, hierbei zu helfen.

Die Wahlfreiheit ist jedem Volksgenossen durch das Gesetz, insbesondere durch den Paragraphen 107 des Reichs-Strafgesetzbuches ausdrücklich verbürgt. Nach dieser Vorschrift wird mit schwerer Freiheitsstrafe bestraft wer einen Deutschen durch Gewalt und Drohung zu hindern sucht, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen.

Die Reichsregierung wird jeder Störung bei Wahlhandlung mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Wer es unternimmt, die Wahlen zu stören oder zu hindern, verstößt aber nicht nur gegen Gesetz und Recht, er versündigt sich vielmehr angeichts der unschätzbaren Güter, die durch die Nationalversammlung geschützt werden sollen, auch an der Zukunft des Vaterlandes.

Die Reichsregierung.
Ebert. Scheidemann.

Der Zentralrat.
Leinert. Coelen.

Berlin, den 14. Januar 1919.

Zur Frauenagitation!

Nicht zerstören, aufbauen wollen wir.

Mit zitterndem Herzen haben wir Frauen die Nachricht von den Straßenkämpfen in Berlin entgegengenommen. Es muß unser Wunsch und Wille sein, dazu beizutragen, daß so furchtbare Dinge in Zukunft nicht mehr vorkommen. 51 Monate Krieg haben uns genug Leid gebracht, wir haben viel gut zu machen. Krüppel, Witwen und Waisen stellen mit Recht ihre Forderungen an das Volk. Ihren Forderungen gerecht zu werden, ist unsere heiligste Pflicht.

Wir Frauen wollen keinen Bruderkrieg, sondern Frieden, wir wollen auch keine Gewalt Herrschaft von rechts oder links, die teuer erkaupte Freiheit wollen wir festhalten.

Wenn wir Frauen und Mädchen Frieden und Freiheit wollen, müssen wir die Partei stärken, die mit Besonnenheit und wohl überlegten Taten die Erfolge der Revolution schützt, die allen Menschen gleiches Recht erstrebt.

Auf! Frauen und Mädchen, nicht gesögert! Beweisen wir den wildsten Schreibern, daß uns leere Worte nicht beizutragen können, daß wir wissen, was wir wollen, und einmütig hinter der Regierung und in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stehen. Die stark zunehmenden Mitgliederziffern der Partei und die am 19. Januar 1919 stattfindenden Nationalwahlen müssen den Beweis liefern, daß wir deutschen Frauen unsere Pflicht erkannt haben.

Alma Frisch.

Die Unabhängigen und der Januarpulsch.

Wiederaufnahme der Arbeit. — Abschüttelung Ledebours.

In der „Freiheit“ von gestern morgen fordern die sog. „revolutionären Obleute“ und der Zentralvorstand der U. S. P. D. Groß-Berlin, also die links-Unabhängigen, unter reichlichem Aufwand von Redensarten, die sie nicht einschreiben können, zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Wir haben über die Redensarten hinweg und billigen den Beschluß.

Die „Freiheit“ nimmt dann am Abend auch Stellung zu unserer gestrigen Veröffentlichung des russischen Manifestes von Ledebour und Genossen. Die eigene Meinung darüber vertritt sie, indem sie die Worte „Abfertigung der Regierung“ auf Gänsebeinen pagieren läßt und im übrigen nur kurz hingussigt:

Dann möchten wir bemerken, daß sowohl die Einsetzung des Revolutionärschusses als seine Aktion ohne Zustimmung des Zentralvorstandes der U. S. P. D. erfolgt war. Der Zentralvorstand hatte es auch abgelehnt, Ledebour als seinen Vertreter anzusehen.

Die Leute in der „Freiheit“ sind natürlich auch todtrief, daß der linksunwürdige Putsch mißglückt ist, denn — Dank aus Verla — sie fühlten sich unter der berrückten Regierung Ebert-Scheidemann bedeutend wohler als unter einem „Revolutionärschuss“ Ledebour-Dieckmann-Scholge. Das hindert sie aber nicht, fürchterlich auf die Regierung Ebert-Scheidemann zu schimpfen, weil sie zur Abwehr des verbrecherischen Streiches alle ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel anwenden, und alle erlogenen Gräueltaten aufzuzählen, die ihr über die Taten der regierungstreuen Truppen zugezogen worden sind. Selbst wenn diese Verbrechen so wahr wären, wie sie unwohl sind, so würde die Schuld daran nur Spartakus und die linken Parteigenossen der „Freiheit“ treffen. Der Bürgerkrieg ist etwas Entsetzliches, wehe dem, der ihn entfesselt!

Zwei Versammlungen der Unabhängigen Sozialisten nahmen gestern zur Nationalversammlung Stellung. Einzelne der Versammlungen waren sehr schwach besucht, so z. B. die Versammlung in der Aula einer Schule in der Niederwallstraße von kaum 45 Personen. Die Redner bedauerten, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung aus Kleinlichen Gründen (?) Frauen gegen die Unabhängigen herrsche. Es bestche eine falsche Auffassung über ihre Beteiligung an den letzten Vorgängen. Schon der Verzicht auf die Beteiligung bei der Wahl des Zentralrates, sei eine große Torheit gewesen. Die Besetzung der Zeitungen, insbesondere des „Vorwärts“ und der öffentlichen Gebäude werde von weiten Kreisen der Bevölkerung als Gewalttat bezeichnet. Die Parteileitung habe es nicht gewollt. Es sei aber spontan aus den Demonstrationen durch nervöse Erregung der Massen hervorgegangen. Allerdings müsse man vieles mißbilligen, was vorgekommen sei. Eine spätere Zukunft werde aber zeigen, daß nicht nur (!) Räuber und Vandalen an den Vorgängen beteiligt waren. Es sei unerhört, daß die Sozialdemokraten das Bürgerium in Angst und Schrecken zu jagen versuche, um die Wahlausichten der Unabhängigen zu verschlechtern. Diese verschmähten aber eine wüste Agitation zu treiben, ebenso wie sie auf die Hilfe des Bürgeriums verzichteten. Wenn auch ihre Ansichten bei den Wahlen zur Nationalversammlung keine Rolle spielen, so gebe die Partei die Hoffnung noch nicht auf, daß später einmal große Massen der Arbeiterschaft zu ihr zurückfinden werden. Die Redner forderten trotzdem auf, für die Liste der Unabhängigen zu stimmen, wenn auch an ihrer Spitze der vielverleumdete Eickhorn stände.

Wenn in diesem Bericht von der „Parteileitung“ die Rede ist, so ist damit der Parteivorstand der unabhängigen Reichsorganisation gemeint, die lokale Parteileitung aber hat den Putsch mitgemacht. Den „vielverleumdeten“ Eickhorn sehen die Unabhängigen jetzt wohl auch nur mit Schmerzen an der Spitze

